



Gemeinsame Pressemitteilung 16. Dezember 2015

Einigung mit Initiativen Flüchtlingsunterkunft am Poppenbüttler Berg auf gutem Weg

Vertreter der Wandsbeker Koalition aus SPD und Grünen haben sich mit Unterstützung der Bürgerschaftskoalition mit Mitgliedern von Gemeinsam in Poppenbüttel e.V.i.G. und Poppenbüttel Hilft e.V. getroffen, um mit ihnen über die von Gemeinsam in Poppenbüttel vorgelegte Eingabe über die Flüchtlingsunterkunft am Poppenbüttler Berg zu sprechen. Bei vielen Punkten konnte eine weitgehende Einigung mit den Initiativen erreicht werden. Die vereinbarten Positionen der „1+9=10 Erfolgsfaktoren“ sollen mit einem Antrag in der nächsten Bezirksversammlung verabschiedet werden.

Wie alle Bezirke war auch der Bezirk Wandsbek vom Senat aufgefordert worden, eine Fläche für eine dauerhafte Wohnbebauung für Flüchtlinge zu benennen. Um Probleme bei einem großen Standort zu vermeiden, hat sich die Koalition von vorn herein dafür stark gemacht, die Flüchtlinge nicht nur auf einer Fläche zu konzentrieren sondern auf mehrere Areale und Stadtteile zu verteilen. Die Aufstockung der ehemals 170 geplanten um 130 auf 300 Wohneinheiten (WE) am Poppenbüttler Berg hilft damit auch, eine große Unterkunft zu vermeiden. Die von der Initiative geforderte Beschränkung auf 170 WE wird es daher nicht geben. Dafür wurde den Petenten zugesichert, dass es keine weiteren Aufstockungen über die jetzt festgesetzten 300 WE geben wird.

Als wichtiges Ergebnis konnte man sich u.a. auf den Erhalt des Kramer-Kray-Weges als Fußweg verständigen. Außerdem soll ein naturbelassener Grünstreifen zwischen Mellingsbek und Minsbek entwickelt werden. Erhalten bleiben auch alle Bäume und die Knicks. Realisiert werden u.a. auch ausreichend Parkplätze und eine an die örtlichen Begebenheiten angepasste drei- bis viergeschossige energieeffiziente Bauweise.

Anja Quast, Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion: "Es ist sehr gut für den Stadtteil, dass hier auch die kritischen Anwohnerinnen und Anwohner zu solch konstruktiver Zusammenarbeit bereit sind. Gemeinsam konnten wir Einigkeit über fast alle planerischen Fragen erzielen, die nun auch vor Ort noch diskutiert werden müssen."

Dennis Paustian-Döscher, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Bezirksfraktion ergänzt: „Die Eingabe der Initiative enthält viele gute Vorschläge, die wir als GRÜNE gern aufgreifen. Ich freue mich, dass wir einen Kompromiss schließen konnten, der zum einen den jetzigen Anlieger gerecht wird, zum anderen aber auch eine attraktive Siedlung möglich macht, die sich durch eine bunte Mischung von Menschen auszeichnen wird.“

Dr. Andreas Dressel, SPD-Fraktionschef aus der Bürgerschaft und Abgeordneter für den Wahlkreis Alstertal/Walddörfer: "Wir sind überall in Hamburg auch mit den kritischen Initiativen zu den Unterkunftsplanungen im Gespräch. In der Lage können wir jedoch nicht über das Ob und die Größe verhandeln - wohl aber über das Wie. Und das haben wir sehr erfolgreich in Poppenbüttel, durchaus mit Vorbildfunktion für ganz Hamburg, gemacht. Bei 9 von 10 Erfolgsfaktoren sind wir uns einig, so schaffen wir eine Unterkunft in guter Nachbarschaft. Vielen Dank an alle, die das möglich gemacht haben."

Christiane Blömeke, Vize-Vorsitzende der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion und Abgeordnete für den Wahlkreis Alstertal/Walddörfer sagt zu der Vereinbarung mit den Poppenbüttler Initiativen: „Es freut mich sehr, dass wir uns mit den Initiativen aus Poppenbüttel, die für die Menschen vor Ort sprechen, einigen konnten. Vor dem Hintergrund, dass wir im Laufe der zunehmenden Flüchtlingszuströme die Anzahl der Wohneinheiten am Poppenbüttler Berg/Ohlendiek für die Flüchtlinge mit 300 Wohneinheiten nahezu verdoppeln mussten, ist die Einigung keine Selbstverständlichkeit und insbesondere auch auf die Kooperation der Initiativen zurückzuführen. Gleichzeitig war es aber auch wichtig, dass seitens der Regierungsfractionen von SPD und Grünen zugesichert wurde, dass die nun geplante Anzahl von Wohneinheiten nicht mehr überschritten wird und viele Gestaltungsvorschläge der Initiativen durch die Politik aufgegriffen wurde.“

In der Anlage finden Sie den Antrag für die Bezirksversammlung am 17. Dezember